



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 826 890

P/XVI/221 - 30. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Die Lehnung Berlins</u> Kein nationaler Notstand? Von Kurt Mattick, MdB	62
3 - 4	<u>Loyale Zusammenarbeit</u> Aber sachliche Auseinandersetzungen über das Budget Von unserem Korrespondenten in Wien, Carl Eranta	71
5	<u>Stummer Abschied von Dag Hammarskjöld</u> Trauer um einen grossen Toten	30
6	<u>Buchbesprechung:</u>  <u>Hitler - ein "Politisches Jugendbuch"</u>	56

\* \* \*

\* \*

## Die Mahnung Berlins

Kein nationaler Notstand?

Von Kurt Mattick, MdB

Die internationalen Gespräche über das Deutschland-Problem werden zusehends verwirrender. Sollte es jemand einfallen, heute alle Vorschläge, wie man das Deutschland- und Berlin-Problem lösen will oder alle sich widersprechenden Stellungnahmen maßgeblicher westlicher Politiker aneinanderzureihen, es würde ein kurioses Bild ergeben.

Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands und seit 1945 das leidenschaftliche Manöverfeld der gemeinsamen Siegermächte über den Hitler-Krieg und der sich entwickelnden Ost-West-Gegensätze. Nach dem Grundgesetz ist die Bundesregierung für Berlin und Gesamtdeutschland verpflichtet und nach den Pariser Verträgen sind die Westmächte und die Bundesregierung gemeinsam verpflichtet, für die Wiedervereinigung alle politischen Mittel einzusetzen. Die Westmächte scheinen drauf und dran zu sein, zumindest diese Verpflichtung der Pariser Verträge - ohne Änderung der Vertragsgrundlage - für durch die Entwicklung überholt zu erklären.

Das Angebot der sozialdemokratischen Partei, sich an einer Allpartei-Regierung verantwortlich im Interesse der Nation zu beteiligen, geht davon aus, dass wir in Deutschland einen sehr ernsthaften, gefährlichen nationalen Notstand erleben.

Für die sozialdemokratische Partei war und bleibt der Kampf um die deutsche Wiedervereinigung ein Kampf um die Menschen unserer Generation, die 16 Jahre nach dem Kriege keine Chance sehen, das Besatzungsregime der Sowjetunion loszuwerden. Für die CDU war der Kampf um die Wiedervereinigung immer mehr ein geographischer Anspruch als ein menschliches Problem. Dass es für die freien Demokraten ebenfalls nur ein geographisches Problem war, hat sich jetzt herausgestellt, denn ihr Vorsitzender hat ebenfalls erklärt, dass er die Lage des Notstandes noch nicht gegeben sieht.

Aber ist es wirklich kein Notstand, wenn deutsche Menschen täglich bereit sind, das letzte Risiko, - nämlich den Verlust des Lebens - zu wagen, um innerhalb unseres gemeinsamen Vaterlandes von einem Gebiet

ins andere zu kommen? Ist es kein Notstand, wenn zwischen beiden Teilen unseres Vaterlandes letzte Verständigungsbrücken der Menschen zerstört werden, Rundfunk und Parashantennen von missbrauchten Jugendlichen der FDJ abmontiert werden, damit die letzte Möglichkeit für 17 Millionen, etwas von drüben zu hören, unmöglich wird - während Jugendliche zum Gebrauch von Waffen und zum tiefsten Hass gegen Deutsche erzogen werden? Ist es kein nationaler Notstand, wenn in dem sowjetischen Besatzungsgebiet durch eine brutale Gewalt die letzten Regungen zerstört werden, die für Freiheit und ein gemeinsames Deutschland auch nur zu denken wagen, um nicht von Wirken zu sprechen?

Der sowjetische Statthalter im Zonenmachtbereich hat sich in seiner Rede am 15. September mit den Massnahmen beschäftigt, die zur totalen Einschliessung der Deutschen im sowjetischen Besatzungsgebiet geführt haben und hat u.a. folgendes gesagt: "Es gibt ideologische Grenzgänger, die wir für uns gewinnen wollen. Auf der anderen Seite aber sind wir es ihnen schuldig vor u n s e r e m G e w i s s e n und vor dem deutschen Volk, dass wir sie nicht abrutschen lassen auf die Seite der Reaktion, des Krieges und des nationalen Unglücks. Die Liebe zu den Menschen erfordert von uns, dass wir dem Krieg und der Reaktion und der Revanchepolitik keinerlei Raum geben." Da es keine Diskussion über die Frage gibt, was Reaktion, was nationales Unglück ist, und wer Kriegsgefahr schürt, und die Frage des Gewissens und der Liebe zum Menschen auch nur eine Entscheidung der Mächtigen ist, gibt es innerhalb der Bevölkerung kein Recht, eine andere Auffassung zu haben, als das Besatzungsregime bestimmt.

Der Präsident der USA, Kennedy, sagt in seiner Rede vor der UNO, "Wir sind keiner starren Formel verpflichtet" - Gromyko hat danach die starre Formel der Sowjetunion wiederholt.

Herr von Brentano war vom 15. August überrascht. Ist es nicht höchste Zeit, sich gemeinsam Gedanken zu machen, die Erfahrungen und Erlebnisse Berlins mehr auszuwerten, um den beweglichen Formeln der USA-Regierung für uns vertretbare Gleichungen anzubieten.

## Loyale Zusammenarbeit

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Im Herbst beginnen in Österreich alljährlich die politischen Auseinandersetzungen um den Haushaltsplan des Bundes für das kommende Jahr. Die erholtsame sommerliche Ruhepause wird damit unversehens durch eine politisch geladene Atmosphäre abgelöst. In den vergangenen Jahren ist es im Zuge des Budgetstreits häufig zu innerpolitischen Krisen gekommen: 1952 führte eine solche Krise zu vorzeitigen Neuwahlen und 1960 zu einer Regierungsumbildung.

Soweit man die Situation jetzt schon beurteilen kann, hat es den Anschein als ginge es diesmal - trotz selbstverständlicher Gegensätze - ohne Aufregung und Krise. Jedenfalls erscheint das den österreichischen Sozialisten wünschenswert. Gewerkschaftsbundespräsident und zweiter Parlamentspräsident Franz Olah, SPÖ, hat erst kürzlich darauf hingewiesen, die Welt sei ohnehin so voll Spannung - Berlin, UNO, sowjetische Atombombenversuche usw. - , dass man eine zusätzliche Beunruhigung durch eine innerpolitische Krise bei den Budgetberatungen nach Möglichkeit vermeiden sollte. In ähnlichem Sinne hat sich auch der dritte Parlamentspräsident und Bundesobmann des ÖVP-Arbeiter- und Angestelltenbundes (ÖAAB), Dr. Alfred Malota, geäußert. Der ÖAAB bekenne sich, sagte er, "Zur Zusammenarbeit der beiden grossen Parteien. Der ÖAAB ist gegen jede verschwommene politische Romantik und aufgeblasene Kraftmeierei".

Dabei läge vielleicht gerade jetzt die Versuchung nahe, über das Budget zu einer Regierungskrise und zu Neuwahlen im Jahre 1962 zu gelangen. Seit 1953 hat die verfassungsmässig für vier Jahre vorgesehene Legislaturperiode des Parlaments immer nur drei Jahre gedauert. Da die letzten Parlamentswahlen im Mai 1959 abgehalten wurden, wäre diese dreijährige Periode 1962 abgelaufen und es müssten Neuwahlen durchgeführt werden.

Aber davon ist derzeit überhaupt keine Rede. Man ist vielmehr auf beiden Seiten der Koalition bereit und entschlossen, die vierjährige Legislaturperiode auslaufen zu lassen und auch möglichst fruchtbringend zu nützen. Die weltpolitische Lage verlangt eben derzeit in besonderem Masse eine loyale Zusammenarbeit aller positiven Kräfte, wie sie von der österreichischen Bevölkerung bisher bei allen Wahlen mit Recht und mit grossem Nutzen für das Land verlangt wurde.

Das bedeutet aber, wie gesagt, nicht, dass es zwischen den beiden Koalitionspartnern, ÖVP und SPÖ, hinsichtlich des Budgets 1962 keine Gegensätze gäbe - aber sie werden sich überbrücken lassen. Der Nationalrat wird sich erst im Oktober mit dem Voranschlag des Finanzministeriums auseinandersetzen müssen. Bis dahin dürfen nach einer im heurigen Frühjahr beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates keine Einzelheiten aus dem Budget bekanntgegeben werden. Soweit dennoch bekannt ist, wird das Budget im kommenden Jahr Ausgaben von insgesamt 53,6 Milliarden Schilling und ein Defizit von 1,3 Milliarden Schilling aufweisen.

Einige wesentliche Bestandteile dieses Finanzplanes sind jedoch noch sehr umstritten. So verlangt die Landwirtschaft eine beträchtliche Erhöhung der staatlichen Subventionen. Von sozialistischer Seite wird vor allem auf die Notwendigkeit einer staatlichen Förderung des Wohnhausbau hingewiesen. Nach der gemeinsamen Regierungserklärung vom 17. Juli 1959 sollen jährlich (statt bisher 40 000) in Zukunft 50 000 Wohnungen gebaut werden. Indes sind im Vorjahr nur rund 35 000 Wohnungen gebaut worden und Finanzminister Dr. Josef Klaus scheint nicht geneigt zu sein, Steuermittel zur Einlösung des Regierungsversprechens flüssig zu machen. Die SPÖ will ferner eine bereits vorgesehene Erhöhung der Rentenbezüge durchsetzen und den Schulbau vorantreiben. Beide Parteien denken an eine Milderung der Steuerprogression für mittlere Einkommen.

Die SPÖ fordert überdies die Wiederherstellung der Budgethoheit des Parlaments. Nach einem Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1925 kann der Finanzminister über Mehraufgänge des Staatshaushaltes ziemlich frei verfügen. So hat beispielsweise im Jahre 1959 Finanzminister Prof. Dr. Reinhard Kemitz rund 4 Milliarden Schilling ausgegeben, ohne das Parlament zu fragen.

Über solche und andere Fragen wird man sich nun in sachlicher Auseinandersetzung einigen. Damit wird sich die Koalition erneut bewähren. Der führende ÖVP-Politiker Dr. Kalata sagte in der erwähnten Rede sehr richtig: "Wir brauchen keine gefährlichen politischen Experimente, die Österreich schon einmal in Untergang und Verderben stürzten und in der heutigen Weltsituation mehr denn je Österreichs staatliche Existenz gefährden würden."

Stummer Abschied von Dag Hammarskjöld

B.K. Die viermotorige Maschine, welche die sterblichen Überreste Hammarskjölds und einiger seiner Mitarbeiter nach Europa brachte, schaltete auf ihrem Flug aus dem Kongo nach Schweden in Genf eine Zwischenlandung ein. Völlige Stille herrschte über dem weiten Flugfeld, als die Maschine langsam anrollte. Wie oft war der Generalsekretär hier von seinen Mitarbeitern und Behördenvertretern lachend und händeschüttelnd empfangen oder zur Wegreise geleitet worden! Doch diesmal hatte sich eine riesige Menschenmenge eingefunden, die stumm und starr der Ankunft des toten grossen Mannes harrete. Die vielen bunten Fahnen des Flughafens standen auf Halbmast. Kein Wort, keine Ansprache störte jene, für die Hammarskjöld mehr war und bleibt, als ein berühmter Beamter.

"Dieser Tod ist so entsetzlich traurig", hörte ich scheinbar von weit her einen abgebrühten Pressemann halblaut murmeln. "Denn wer weiss, ob er nicht der Beginn des langsamen Todes der Vereinten Nationen ist?" Der Vereinten Nationen, von denen Präsident Kennedy soeben sagte, dass sie die einzige wirkliche Alternative zum Krieg sind. "Aber die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende."

Einige Stunden später kehrte der tote Hammarskjöld in seine schwedische Heimat zurück. Die seiner Händen entglittene Aufgabe muss weitergeführt werden, weil die Menschheit leben will. Von all den Eigenschaften und Fähigkeiten des Dahingegangenen brauchen wir vielleicht am dringendsten seine unerschütterliche Zuversicht, sein unbedingtes Festhalten an den Grundgesetzen des staatlichen und menschlichen Zusammenlebens. Die Nachfolge Hammarskjölds im UNO-Sekretariat ist sicher das wichtigste "Geschäft" der gegenwärtig tagenden Generalversammlung. Aber ebenso dringend ist es, dass sich auch die Regierungen und Völker entschliessen, die Nachfolge des Verstorbenen anzutreten, um den Frieden zu retten, das Recht zu schützen und der Menschheit eine erträgliche Existenz zu sichern.

+ + +

Buchbesprechung:Hitler - ein "politisches Jugendbuch"

G.P. - Zweifellos fehlt es nicht an Versuchen, der jungen Generation die letzten Jahrzehnte deutscher Vergangenheit zu erläutern. Das Schrifttum hierüber ist schon recht stattlich und die Angebote bei Jugendverbänden, Schulen, Lehrern und Erziehern haufen sich. Das Bemühen, die sogenannte "unbewältigte Vergangenheit" zu bewältigen - vorausgesetzt, dass so etwas überhaupt möglich ist! - ist allenthalben wahrnehmbar. Allein: entweder sie behandeln nur einen Abschnitt des Gesamtgeschehens - wie Karl Buchheims "Weimarer Republik" und Lau-Krausnickes "1933 - 1945" - oder sie geben eine romanhaft-freie Darstellung der Vorgänge, wie Axel Eggebrechts glanzend geschriebenes "Volk ans Gewehr", der Jahre 1930-34. Der Schriftsteller und Pädagoge Werner Klose, Jahrgang 1923 und Studienrat in Schleswig-Holstein, hat es unternommen, ein "politisches Jugendbuch" zu schreiben, "sugedacht jenen jungen Lesern, die aus dem Jugendalter heraus - und in die Mitverantwortung des mündigen Staatsbürgers hineinwachsen", wie der Autor im Nachwort schreibt. (Titel des Buches: "Hitler - Ein Bericht für junge Staatsbürger", erschienen im Heliopolis-Verlag, Tübingen, zum Preis von 5,80 DM).

An der Person des Verdorbers der Aktion berichtet Klose über jene schicksalsschweren Ereignisse, die den Komplex der vielgenannten "unbewältigten Vergangenheit" bilden. Was der Autor zusammgetragen hat, sind keine neuen Erkenntnisse, keine bislang unbekanntes Dokumente und Fakten. Es ist ein verständlich und übersichtlich geschriebenes Buch verfasst für die Generation, der oft genug von Eltern und Lehrern keine befriedigende Antwort auf die Frage "Wie konnte es dazu kommen...?" gegeben wird. So schildert Klose den Lebensweg des berühmten österreichers Hitler, dessen Wiener Jugend- und Waghundenjahre 1908 - 1913 den Ursprung legten für seine aus unverdaulichen Erkenntnissen und unverarbeitungeter Halbbildung ebenso stürperhaft wie - für die spätere politische Praxis - verbrecherisch zweckgerichtete "Weltanschauung": die angebliche "Überlegenheit" der arischen Rasse, insbesondere des nordisch-deutschen "Herrenvolkes"; der überhebliche Nationalstolz und der Judenbass. Klose schildert auch die Bedeutung des ersten Weltkrieges für die Entwicklung der Persönlichkeit Hitlers. Das Völkerverderben, das Millionen anderen Menschen nur Entbehrung, Not und Schmerzen brachte, war für den heimatlosen Hungerleidenden die grosse Schicksalswende: er war nun endlich jemand! Schreibt Klose: "Sein Leben war vorher erbärmlich und sinnlos gewesen. Jetzt war es geordnet, und er wusste, wohin er gehörte. Er war als Frontsoldat ein geachteter Mann, ein Verteidiger des Vaterlandes." Kein Wunder, dass ihn "der Gedanke an das Ende des Krieges erschreckte". Kein Wunder auch, dass er von nun an seinen Weg vorgeseichnet glaubte. Den in "Mein Kampf" pathetisch und kitschig dargelegten, angesichts der November-Ereignisse von 1918 gefassten "Beschluss, Politiker zu werden", nennt Klose indes "merkwürdig". Es war der Versuch, aus der Not eine Jugend zu machen, um vor der Rückkehr ins Obdachlosenasyl bewahrt zu bleiben.

Das Erkennen der Person Hitlers, die Offenlegung der Wurzel seiner Triebkräfte hat Werner Klose in den Mittelpunkt seines 265-Seiten-Berichtes, ergänzt um 32 zeitgenössische Karikaturen, gestellt. Diese Darstellung jener schicksalhaften und folgenschweren Jahrzehnte deutscher Geschichte kann vielen helfen, denen die Erziehung junger Menschen anvertraut ist und die die selbstverständliche und doch so komplizierte Frage nach den Ursachen und Gründen gestellt bekommen, Antwort zu geben. Der junge Leser aber wird selbst manches finden und vielleicht begreifen, was ihm die Freiheiten unserer Demokratie wert sein sollten. + + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler